Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr,
Energie und Kommunikation UVEK
Bundeshaus Nord
3003 Bern

27. April 2004

Vernehmlassung Bahnreform 2

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 9. Januar 2004 haben Sie uns eingeladen, zum Entwurf Bahnreform 2, Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die Konferenz der ÖV-Direktoren (KöV) hat Ihnen am 16. April 2004 eine ausführliche Stellungnahme zukommen lassen. Wir schliessen uns dieser Stellungnahme vollumfänglich an und bitten Sie um Berücksichtigung der darin enthaltenen Anliegen.

Wir begrüssen, dass als wesentliche Ziele die Harmonisierung der Infrastrukturfinanzierung und die Gleichbehandlung der Transportunternehmungen angestrebt werden. Im Speziellen erachten wir den Ansatz der neuen Netzzuteilung nach objektiven Kriterien, anstelle der bisherigen historisch gewachsenen Strukturen, als richtig. Wie die KöV sind wir überzeugt, dass sich die Zielsetzungen des Bundes – klare Zuständigkeiten und weniger Schnittstellen – am besten mit einem „Grossen Grundnetz plus“ erreichen lassen. Wir fordern deshalb ein grosses und umfassendes Grundnetz mit modifizierten Kriterien und entsprechenden Ergänzungen. Wir verweisen dazu auf unsere Ausführungen unter Frage 6.

Im Folgenden gestatten wir uns, einige ergänzende Anmerkungen zur Stellungnahme der KöV anzubringen. Wir gliedern unsere Antworten dabei wunschgemäss nach dem der Vernehmlassung beigefügten Fragenkatalog. Wir führen dabei nur die Punkte auf, zu denen wir über die in der Stellungnahme der KöV hinausgehende Anliegen haben. Wir gestatten uns zudem, ergänzend zur Stellungnahme der KöV, die sich im Wesentlichen auf verkehrliche Aspekte beschränkt, auch steuerpolitische und datenschutzpolitische Aspekte in unsere Antwort einzubeziehen.

Frage 6: *Ist die Bundeszuständigkeit - bei Wahrung der Haushaltneutralität - eher weit (grosses Grundnetz) oder eng (kleines Grundnetz) zu definieren?*

Die Zuordnung der Strecken zum Grundnetz und Ergänzungsnetz muss rein sachlichen, nicht historisch gewachsenen Kriterien entsprechen.

In der Stellungnahme der KöV wird ein neuer Vorschlag für die Zuordnungskriterien zum Grund- und Ergänzungsnetz unterbreitet (siehe Stellungnahme KöV). Wir befürworten diese Kriterien, welche zu einem „Grossen Grundnetz plus“ führen.

Wir fordern die Definition eines grossen Grundnetzes in Form des von der KöV vorgeschlagenen „**Grossen Grundnetzes plus**“. Für den Kanton Solothurn sind die folgenden Strecken, die bei der Variante „Grosses Grundnetz“ des Bundes im Ergänzungsnetz liegen, zwingend ins "Grosse Grundnetz plus" aufzunehmen. Wir beziehen uns dabei auf die in der Vernehmlassung der KöV enthaltenen Kriterien:

Die Strecke **412 Oensingen - Balsthal (OeBB)** dient der Anbindung der Region Thal ans Grundnetz. Diese Funktion und die Frequenzen – insbesondere im Hinblick auf die Verdichtung zum Halbstundtakt, die mit der ersten Etappe der BAHN 2000 umgesetzt wird, erfordern eine Einbeziehung dieser Strecke ins Grosse Grundnetz plus.

Die Strecke **413 Solothurn - Niederbipp (asm)** nimmt eine Spangenfunktion zwischen Solothurn und Niederbipp an der Jurasüdfusslinie ein. Eine Verlängerung bis Oensingen ist zur Zeit in Planung, um die Achse besser an den Fernverkehr in Richtung Zürich anschliessen zu können. Die Funktion der Strecke und die Frequenzen rechtfertigen eine Aufnahme ins Grundnetz.

Die Strecke **505 Basel-Heuwaage - Rodersdorf (BLT)** fährt zwischen den Stationen Flüh (SO) und Rodersdorf (SO) durch Frankreich, und bedient die französische Gemeinde Leymen. Im Hinblick auf den internationalen Verkehr, insbesondere auf die Finanzierung des Streckenabschnitts, der zum Teil durch Frankreich führt, ist diese Strecke, zumindest der Abschnitt Flüh – Leymen – Rodersdorf, ins Grundnetz aufzunehmen.

Der Kanton Solothurn beantragt, die Linien Oensingen - Balsthal (OeBB), Solothurn - Niederbipp (asm) und Basel-Heuwaage - Rodersdorf (BLT) zusätzlich in das "grosse Grundnetz plus" aufzunehmen und in die finanzielle Verantwortung des Bundes zu stellen.

Da die Variante „Kleines Grundnetz“ sowohl von uns als auch der KöV generell abgelehnt wird, werden Linien, die zwar gemäss Vernehmlassung dem „Grossen“, nicht aber dem „Kleinen“ Grundnetz zugeteilt sind, in unserer Stellungnahme nicht spezifisch aufgeführt und begründet. Diese gehören aus Sicht des Kantons Solothurn unbestritten zum Grundnetz, und damit in die Verantwortung des Bundes. Darunter fallen insbesondere die Linien Bern – Solothurn (RBS), Solothurn – Moutier (RM) und 503 Olten – Läuelfingen – Sissach (SBB).

Frage 14: *Befürworten Sie die Ausdehnung des Sicherheitsdienstes auf alle Verkehrsmittel?*
und

Frage 15: *Sind Sie der Meinung, dass der Sicherheitsdienst bewaffnet, jedoch ohne Schusswaffe, mit Schusswaffe oder allenfalls gänzlich unbewaffnet erfolgen soll. Soll ein entsprechender Grundsatz im Gesetz verankert werden?*

Wir verweisen auf die ausführliche Stellungnahme der Solothurner Kantonspolizei vom 23. März 2004 und die Stellungnahme des Beauftragten für Information und Datenschutz des Kantons Solothurn vom 9. März 2004 (Beilagen)

Zudem sind entsprechende Rechtsgrundlagen zu schaffen, damit die Kantone von Seite des Bundes für die Einsatzbereitschaft, die Investitionen und die Ausbildung der Chemie-, Oel- und Strahlenwehrstützpunkte finanziell unterstützt werden können. Dies lässt sich damit rechtfertigen, dass in der Regel die Chemie-, Oel- und Strahlenwehrstützpunkte der Kantone bei einem Schadenfall auf dem Schienennetz zum Einsatz kommen und dass dadurch die notwendigen Massnahmen rasch eingeleitet werden können.

Es ist abzuklären, wer für die Kontrolle von Transporten gefährlicher Güter auf dem gesamten Schienennetz zuständig ist, in welcher Form dies erfolgt und ob allenfalls die Bahnpolizei mit dieser Aufgabe betraut werden kann.

Frage 25: Befürworten Sie das gesetzliche Verbot der Personalunion von Bestellern und Organen der Ersteller?

und

Frage 26: Ist es richtig, von Erstellern von öV-Leistungen zu verlangen, dass sie rechtlich von den Bestellern unabhängig sind?

Im Hinblick auf die möglichen Interessenskonflikte zwischen Eigentümer- und Bestellerfunktion befürworten wir das gesetzliche Verbot der Personalunion von Bestellern und Organen der Ersteller. Allerdings sollte dieses Verbot zur Ausübung von Tätigkeiten im Verwaltungsrat auf die mit dem Bestellvorgang selbst betrauten Mitarbeiter und deren Vorgesetzte beschränkt bleiben.

Frage 28: Ist es richtig, dass dem Arbeitnehmerschutz im Ausschreibungsverfahren ein grosses Gewicht zugemessen wird?

Der Luftmassnahmenplan 2000 des Kantons Solothurn, der im Wesentlichen zum Ziel hat, die Luftreinhaltepolitik des Bundes umzusetzen, verfolgt mit der Massnahme SO-3 eine Emissionsverminderung bei der Fahrzeugflotte des öffentlichen Verkehrs. Dieses Ziel soll bei der Submission von Transportaufträgen im öffentlichen Verkehr durch entsprechende Bedingungen an die Fahrzeugflotte erreicht werden. Wir erachten es als wichtig, dass die Standards der Schadstoffemissionen der Transportfahrzeuge gesamtschweizerisch normiert werden und die Schulung und Weiterbildung der Buschauffeure und -chauffeusen als Bedingungen in die Vergabekriterien aufgenommen werden.

Wir fordern deshalb, dass im Ausschreibungsverfahren nicht allein dem Arbeitnehmerschutz hohes Gewicht beigemessen wird, sondern auch der Emissionsminderung bei der Fahrzeugflotte und der Ausbildung des Fahrpersonals.

Wir danken Ihnen nochmals für die Gelegenheit zur Vernehmlassung und versichern Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, unserer ausgezeichneten Wertschätzung.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

Regierungsrat

Ruth Gisi
Rathaus / Barfüssergasse 24
5000 Solothurn
www.so.ch

Sig.

Yolanda Studer
Staatsschreiber-Stellvertreterin

Beilagen

- Vernehmlassung der Polizei Kanton Solothurn zur Bahnreform 2 vom 23. März 2004
- Vernehmlassung des Beauftragten für Information und Datenschutz des Kantons Solothurn zur Bahnreform 2 vom 9. März 2004